

## Informationsvorlage

<b>Bereich   Amt</b> EB Bürgerheim	<b>Vorlagen-Nr.</b> BGH/05/2023	<b>Anlagedatum</b> 15.03.2023
<b>Verfasser/in</b> Schreiner, Carina	<b>Aktenzeichen</b> JA 2022	

## Beratungsfolge

Gremium	Sitzungstermin	Öffentlichkeit	Zuständigkeit
Bürgerheimausschuss	19.04.2023	Ö	Kenntnisnahme

N = nichtöffentliche Sitzung, Ö = öffentliche Sitzung

## Verhandlungsgegenstand

### Information zum Jahresabschluss 2022 - vorläufiges Jahresergebnis

#### Erläuterungen

Das Bürgerheim schließt das Geschäftsjahr 2022 mit Stand vom 13.03.2023 voraussichtlich mit einem Jahresüberschuss i. H. v. 126.053,08 € ab. Dieser liegt rund 256.400 € über dem geplanten Jahresfehlbetrag von 130.300 €.

Zum 01.06. ist im Wirtschaftsplan 2022 ein durch den Umbau bedingter Abbau von 16 Bewohnerplätzen berücksichtigt worden. Da sich der erforderliche Auszug der Bewohner in das Jahr 2023 verschoben hat, sind im Wirtschaftsjahr 2022 insbesondere bei den Pflegeentgelten Planabweichungen entstanden.

Am 23.08.2022 wurden die Pflegesätze mit einem Plus von insgesamt 4,9 % zum 01.09.2022 neu verhandelt. Im Erfolgsplan 2022 ist ursprünglich eine Erhöhung der Pflegesätze um 3 % zum 01.07.2022 eingeplant worden.

Die Belegung liegt mit einem Jahresdurchschnitt von 98,90 % deutlich über der Planvorgabe von 98 %.

Diese genannten Umstände führen dazu, dass die Erträge aus Pflegeleistungen mit einem Plus von rund 744.300 Euro abschließen.

Die Erstattungen aus dem Corona-Rettungsschirm sind ab dem 01.07.2022 entfallen. Lediglich noch Personal- und Sachaufwendungen, die in Zusammenhang mit der hauseigenen Corona-Testung stehen, können geltend gemacht werden.

Die Erstattungen und Erträge aus dem Corona-Rettungsschirm belaufen sich für das Jahr 2022 auf rund 544.500 Euro. Demgegenüber stehen, insbesondere bei den Verbrauchsgütern (Pflegematerial), entsprechende Aufwendungen.

Mehraufwendungen sind zum 31.12.2022 insbesondere bei den Personalaufwendungen sowie den Aufwendungen für Lebensmittel, Energie und Verbrauchsgüter entstanden. Hier sind neben den Corona bedingten Mehrausgaben, vor allem auch die erheblichen Preissteigerungen der letzten Monate der Auslöser. Beim Personal sind besonders im 1. Halbjahr 2022 zusätzlich Mehraufwendungen durch den Einkauf von Leiharbeitskräften entstanden. Außerdem musste der geplante Platzabbau wegen der Verzögerungen bei der

geplanten Baumaßnahme im Jahr 2022 nicht umgesetzt werden, sodass auch dadurch gegenüber dem Planansatz auch Mehraufwendungen entstanden sind. Die schwer planbaren Aufwendungen für Instandhaltungen und Instandsetzungen überschreiten auch im Jahr 2022 mit rund 46.500 Euro den Planansatz.

Der Vermögensplan für das Geschäftsjahr 2022 sieht ein Investitionsvolumen in Höhe von 6.637.600 € vor. Die größte Position nimmt hier die Umsetzung der Landesheimbauverordnung in Höhe von 6.580.000 € ein.

Bis zum 31.12.2022 (Stand zum 13.03.2023) wurden Investitionen i.H.v. insgesamt 395.371,30 € getätigt, davon entfallen rund 352.900 € auf die Umsetzung der Landesheimbauverordnung und rund 42.500 € auf Anschaffungen für Betriebs- und Geschäftsausstattungen. Das im Vermögensplan vorgesehene Investitionsvolumen wird im Bereich der Landesheimbauverordnung nicht eingehalten werden können. Grund hierfür sind coronabedingte Verzögerungen aber auch Umplanungen.

**Im genannten Jahresüberschuss und den Abschlusszahlen zum Vermögensplan sind noch nicht alle Buchungen zum Jahresabschluss 2022 berücksichtigt. Die Zahlen entsprechen dem Stand vom 13.03.2023.**